

# Hate Speech

Krause

2022

ISBN 978-3-406-79430-8

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Krause  
Hate Speech



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Hate Speech

## Strafbarkeit und Strafverfolgung von Hasspostings

von

**Dr. Benjamin Krause**  
Oberstaatsanwalt

2022

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Krause Hate Speech

Alle in den Fußnoten zitierten Internetquellen wurden zuletzt am 6. Juli 2022 abgerufen.



**www.beck.de**

ISBN 978 3 406 79430 8

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH  
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza  
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

Satz: Fotosatz Buck  
Zweikirchner Str. 7, 84036 Kumhausen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

Seit Anfang 2019 ist die Strafverfolgung von „Hate Speech“ ein Schwerpunkt meiner Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main.

Dieses Buch beruht auf den dabei gewonnenen Erfahrungen bei der strafrechtlichen Würdigung mehrerer tausend Äußerungen, bei der Durchführung von Ermittlungen zur Identifizierung unbekannter Internetnutzer, bei der Suche nach Beweismitteln zum Tatnachweis und letztlich bei der Teilnahme an Hauptverhandlungen. Es soll Praktikern einen ersten Zugang zu dem Thema „Hate Speech“ ermöglichen, aber auch bei den in der Praxis immer wiederkehrenden Problemen als ein Nachschlagewerk und Hilfsmittel für die tägliche Arbeit dienen.

Zu diesem Zweck wird zunächst das Phänomen „Hate Speech“ mitsamt den über die unmittelbaren Rechtsgutsverletzungen hinausgehenden Auswirkungen und Gefahren dargestellt. Bei der folgenden Darstellung der praxisrelevanten Straftatbestände sowie der praxisrelevanten Ermittlungen orientiert sich dieses Buch an der aktuellen obergerichtlichen und höchstrichterlichen Rechtsprechung. Soweit diese im Hinblick auf die Besonderheiten von „Hate Speech“ und die Nutzung von Internetkommunikation nicht vorhanden ist, werden eigene Lösungswege entwickelt – so etwa für den Beginn der Strafantragsfrist bei Online-Beleidigungen (→ Rn. 96 ff.), die Formwirksamkeit von Strafanträgen über Online-Meldeplattformen (→ Rn. 105 ff.), die notwendigen Datensicherungen für die strafrechtliche Würdigung von „Hate Speech“ (→ Rn. 248 ff.), die Voraussetzungen der „vereinfachten“ Nutzungsdatenauskunft gemäß § 100k Abs. 3 StPO (→ Rn. 270 ff.) oder die abgestufte Vorgehensweise bei der Sicherstellung internetfähiger Geräte (→ Rn. 342 ff.). Angesichts der rechtspolitischen Dynamik des Themas können einzelne Punkte nicht abschließend dargestellt werden – so etwa die „NetzDG-Meldepflicht“ (→ Rn. 43 ff.), die „Vorratsdatenspeicherung“ für IP-Adressen (→ Rn. 284 ff.) oder der „Digital Services Act“ (→ Rn. 49 ff.). An einzelnen Stellen wie etwa bei dem Plädoyer für einen „Kulturwandel bei den Strafverfolgungsbehörden“ (→ Rn. 57 ff.) werden bewusst provokante Thesen vertreten, um eine weitergehende Diskussion zu initiieren. Da dieses Buch aber vornehmlich auf die Erfordernisse der Praxis ausgerichtet ist, sind auch ausführliche Mustertexte für Ermittlungsmaßnahmen und ein Glossar von Fachbegriffen enthalten.

Ohne die Bereitschaft vieler Personen, immer wieder neu über Fragestellungen und Probleme ergebnisoffen zu diskutieren, wäre dieses Buch niemals entstanden. Ich bin daher allen Kolleginnen und Kollegen der ZIT, der Schwerpunktstaatsanwaltschaften in den anderen Bundesländern, der zentralen Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) des Bundeskriminalamts und der zivilgesellschaftlichen Kooperationspartner dafür sehr dankbar.

Frankfurt am Main, im Juli 2022

*Benjamin Krause*



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	V
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	VII
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XI
<b>Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur</b> .....	XIII
<b>§ 1. Phänomen „Hate Speech“</b> .....	1
I. Begriffsbestimmung von „Hate Speech“ .....	1
II. Wahrnehmung und Betroffenheit von „Hate Speech“ .....	4
1. Bevölkerungsumfragen .....	4
2. Transparenzberichte der sozialen Netzwerke .....	4
3. Statistiken der Strafverfolgungsbehörden .....	5
III. Gefahren von „Hate Speech“ .....	6
1. „Silencing“ .....	6
2. „Radikalisierung“ .....	7
IV. Rechtspolitische Maßnahmen gegen „Hate Speech“ .....	8
1. Maßnahmen in den Bundesländern .....	9
2. Maßnahmen im Bund .....	10
3. Maßnahmen auf europäischer Ebene .....	11
V. Praxis der Strafverfolgungsbehörden .....	13
<b>§ 2. Praxisrelevante Straftatbestände bei „Hate Speech“</b> .....	15
I. Übergreifende Problemstellungen .....	15
1. Abgrenzung zur Meinungsfreiheit – Art. 5 GG .....	15
a) Schutzbereich der Meinungsfreiheit .....	15
b) Einschränkungen der Meinungsfreiheit .....	18
2. Strafanwendungsrecht – § 5 StGB .....	18
3. Inhaltsbegriff – § 11 StGB .....	20
4. Strafzumessungsrecht – § 46 StGB .....	21
5. Strafantrag – § 77b StGB und § 158 StPO .....	22
a) Antragsfrist – § 77b StGB .....	22
b) Schriftform – § 158 Abs. 2 StPO .....	24
6. Eignung zur Störung des öffentlichen Friedens – §§ 126, 130, 140 StPO .....	26
7. Verantwortlichkeit der Plattformbetreiber – §§ 7 ff. TMG .....	26
II. Angriffe auf den öffentlichen Rechtsfrieden .....	28
1. Kennzeichenverwendung – § 86a StGB .....	28
2. Aufforderung zu Straftaten – § 111 StGB .....	30
3. Androhung von Straftaten – § 126 StGB .....	31
4. Veröffentlichen von „Feindeslisten“ – § 126a StGB .....	32
5. Betreiben krimineller Plattformen im Internet – § 127 StGB .....	34



6. Volksverhetzung – § 130 Abs. 1 und 2 StGB	36
a) „Verhetzung“ – § 130 Abs. 1 StGB	36
b) „Verbreitung“ – § 130 Abs. 2 StGB	39
7. „Holocaust-Leugnung“ und „NS-Verherrlichung“ – § 130 Abs. 3 und 4 StGB	40
8. Billigung von Straftaten – § 140 StGB	43
III. Angriffe auf den individuellen Rechtsfrieden	44
1. Beleidigung – §§ 185, 193 StGB	44
a) „Formalbeleidigung“	45
b) „Schmähhkritik“	46
c) Abwägung	47
d) Kollektivbeleidigung	49
e) Beleidigungsfreie Sphäre	49
2. Üble Nachrede und Verleumdung – §§ 186, 187 StGB	50
3. Personen des politischen Lebens – §§ 188, 194 StGB	52
a) Voraussetzungen des § 188 StGB	53
b) Kein Strafantrag erforderlich – § 194 Abs. 1 Satz 3 StGB	54
4. Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener – § 189 StGB	55
5. Verhetzende Beleidigung – § 192a StGB	56
6. Bedrohung – § 241 StGB	56
<b>§ 3. Praxisrelevante Ermittlungen bei „Hate Speech“</b>	59
I. Kontext- und Profilrecherche	59
II. Standardmaßnahmen zur Identifizierung	60
1. Online-Recherche – §§ 161, 163 StPO	60
2. „Einfache“ Bestandsdatenauskunft – § 100j Abs. 1 StPO	61
a) Bestandsdatenauskunft bei TK-Diensten	61
b) Bestandsdatenauskunft bei TM-Diensten	62
c) Pflicht zur Beauskunftung und Verschwiegenheit	63
3. Nutzungsdatenauskunft – § 100k Abs. 3 StPO	63
a) Voraussetzungen	63
b) Befugnis der Polizeibehörden	64
c) Pflicht zur Beauskunftung und Verschwiegenheit	65
4. „Qualifizierte“ Bestandsdatenauskunft – § 100j Abs. 2 StPO	65
a) Voraussetzungen und Erfolgsaussicht	66
b) Dokumentations- und Benachrichtigungspflicht	67
5. Direktanfragen an ausländische Dienstleister	68
6. Folgeermittlungen in Registern – §§ 161, 163 StPO	70
III. Spezialmaßnahmen zur Identifizierung	71
1. „IP-Tracking“ – § 100h StPO	71
2. „Login-Überwachung“ – §§ 100g, 100k StPO	72
3. E-Mail-Beschlagnahme – §§ 94, 95a, 99 StPO	73
a) „Offene“ und „Verdeckte“ Beschlagnahme – §§ 94, 99 StPO	74
b) Zurückstellung der Benachrichtigung – § 95a StPO	75
c) E-Mail-Beschlagnahme bei „Hate Speech“	76
4. E-Mail-Überwachung – § 100a StPO	78
5. Inhaltsüberwachung bei Telemediendiensten – § 100a StPO	79
IV. Sicherstellung internetfähiger Geräte	79
1. Suche nach „Alltagsgeräten“	80

2. Fotografische Sicherung bei kooperativen Beschuldigten .....	81
3. Sicherung bei nicht kooperativen Beschuldigten .....	81
4. Beschränkung der digital-forensischen Auswertung .....	81
<b>§ 4. Mustertexte für Ermittlungsmaßnahmen .....</b>	<b>83</b>
I. Standardmaßnahmen .....	83
1. Online-Recherche – §§ 161, 163 StPO .....	83
2. Bestandsdatenauskunft – § 100j Abs. 1 StPO .....	84
3. Nutzungsdatenauskunft – § 100k Abs. 3 StPO .....	84
4. Bestandsdatenauskunft zu IP-Adresse – § 100j Abs. 2 StPO .....	85
5. Direktanfrage an ausländischen E-Mail-Dienst – § 100j StPO .....	86
6. Direktanfrage an ausländisches soziales Netzwerk – §§ 100j, 100k StPO .....	87
II. Spezialmaßnahmen .....	88
1. IP-Tracking – § 100h StPO .....	88
2. IP-Tracking – §§ 100g, 100k StPO .....	89
3. Login-Überwachung bei TK-Dienst – § 100g StPO .....	91
4. Login-Überwachung bei TM-Dienst – § 100k StPO .....	92
5. Vorläufige E-Mail-Sicherstellung bei Dienstanbieter – § 103 StPO ....	94
6. E-Mail-Beschlagnahme nach Sichtung – §§ 94, 95a StPO .....	94
7. E-Mail-Überwachung – § 100a StPO .....	96
<b>Glossar .....</b>	<b>99</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>107</b>